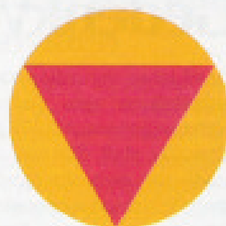
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember 12/95

Trotz alledem:

Der Friedensprozeß geht weiter

Am 4. November wurde der Ministerpräsident von Israel, Izchak Rabin, ermordet. Wir teilen unser tiefes Mitempfinden mit dem Volk von Israel und dem von Palästina.

Der Generalstabschef im Krieg von 1967 verdient unsere große Anerkennung. Sein ..t, mit seinem Außenminister die Ergebnisse von 1967 auf friedliche Weise zu lösen, ist beispielgebend. Es darf nämlich nicht außer acht gelassen werden, daß es durch den damaligen Krieg in der Folgezeit zu immer härter vertretenen Gegensätzen gekommen war. In beiden Völkern gab und gibt es unterschiedliche Gruppierungen. Radikale Palästinenser suchten immer wieder radikale Lösungen. Im Volk Israels war und ist dies nicht anders. Die radikalen Israelis haben mit dem Mord an Rabin diese Feststellung brutal belegt.

Daß ein Israeli einen Israeli ermorden konnte, war für die Frauen und Männer Israels ein bisher nicht gekanntes Erlebnis. Diese Tatsache macht deutlich, die äußerst Rechten sind überall, in Israel, in Palästina, in Deutschland die Feinde des friedlichen Mit-..nander. Die Rechten sind immer für radi-..ale Lösungen, wenn es gegen ihre Auffassung geht.

Der Mord an Izchak Rabin erfordert im Nachhinein die Ablösung des deutschen Außenministers Kinkel. Nach seiner Niederlage im Bundestag beabsichtigt er nicht zur verschobenen Islam-Konferenz die Trennung von der Regierung Irans zu vollziehen. Die Bemerkung zur Ermordung von Rabin, das sei ein Fingerzeig Gottes, hat in aller Welt Protest ausgelöst. Wenn Herr Kinkel nicht gegangen wird, wird Deutschland weitere Minuspunkte einsammeln. Davon gab es schon reichlich, weil weder Herr Kohl noch Herr Herzog es für notwendig erachteten, an der UNO-Vollversammlung teilzunehmen. Und sowas will in den ständigen Sicherheitsrat. Bloß nicht, sonst geht die Sicherheit flöten,

ist Willys Überzeugung

Nachtrag

Zum Abschluß der Staatstrauer für den ermordeten Ministerpräsidenten Izchak Rabin versammelten sich am 12.11. rund 250.000 auf dem Marktplatz in Tel-Aviv. Frau Lea Rabin klagte den Geheimdienst an, seine Pflichten sträflich vernachlässigt zu haben. Trotz seiner Kenntnisse von der Verschwörergruppe habe er nicht nur nichts unternommen, den Mord zu verhindern, sondern von einem Einzeltäter gesprochen.

Willy

Was hat sich bis heute geändert?

Die Nation müsse ihre Vergangenheit bewältigen, heißt es. Wir sollen bewältigen, was wir vergessen haben? Das klingt nach leerer Predigt. Und die Jugend soll bewältigen, was sie nicht erlebt hat und nicht erfährt? Man sagt, sie erfahre es. Wenn nicht zu Hause, dann in der Schule. Die Lehrer, sagt man, schreckten vor dem schlimmen Thema nicht zurück, wenn auch nur die politisch unbescholtenen. Die Zurückhaltung der anderen, hat einer unserer Kultusminister gesagt, sei begreiflich. Aber bedenklich, hat er gesagt, sei das nicht. Denn sie träten demnächst, soweit sie nicht vorher stürben, in den Ruhestand. Dann stünden weder sie, noch sonst ein Hindernis dem regulären Unterricht der Zeitgeschichte im Wege. Weil ihre Nachfolger zu Hitlers Zeiten noch kleine Kinder gewesen und schon deshalb unbescholten seien. Hat er gesagt. Wie sie, ohne selber angemessen unterrichtet worden zu sein, die nächste Generation angemessen unterrichten sollen, das hat er nicht gesagt.

Erich Kästner

„Liedschatz"

Am Samstag, den 2. Dezember 1995, ab 15 Uhr findet im Haferkamp (Altenbegegnungsstätte) eine Jahresabschlußfeier der VVN-BdA Bremen mit Musik statt.

Wir hören die Familie Genach und Freunde des früheren Oktoberclubs aus Berlin.

Keiner braucht Angst zu haben, zu verhungern, es ist reichlich da. Eintritt mit Kaffee und Kuchen 5,– DM.

Es lädt ein: Raimund

Reichspogrom-Nacht

Wenige Tage nach dem Mord an Izchak Rabin fand in der israelitischen Synagoge erstmals die Gedenkveranstaltung an die Opfer der Shoa statt. Rabin hatte seinem größten Feind die Hand zu reichen. Das Erinnern an ihn wie an alle die Opfer der Jahre 1933 – 1945 wurde eingeleitet von einer Gruppe von Musikern. Die Rede von Hartmut Drewes ist unabhängig von diesem Artikel nachzulesen.

Siegfried Jäger zeigte anhand von Interviews, von Kommentaren zu Zeitungsausschnitten, von Statistiken, wie sehr der Rassismus bei uns gefördert wurde. Zwei Drittel der Fälle stammen aus den vergangenen 4 Jahren. Auch die Zeitungsartikel stammen aus allen Quellen, von linksliberalen bis neofaschistischen Zeitungen. Die Ansprechpartner entstammen allen Bildungsschichten, Altersgruppen jeder beruflichen Herkunft. Der biologischen Ablehnung folgt nun mehr die zivilisatorische. Einwanderer und Flüchtlinge werden für die Wohnungsnot verantwortlich gemacht. Selbst in Emma gibt es Artikel zu Tierschlachtung. Flüchtlinge sind selbst schuld, wenn sie sich nicht anpassen: Abschiebung. Wer nicht arbeiten darf, wird hier nicht geduldet.

„Wir sind keine Judenhasser, aber ..." Ein großer Teil Interviewter macht die Opfer zu

Fortsetzung auf Seite 2

Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht

„Vor elf Jahren fand die erste dieser Art von Veranstaltung zum Gedenken an die Reichspogromnacht 1938 im Festsaal des Rathauses statt. Sie war damals im Gespräch mit dem Vorstand des Israelitischen Gemeinde vorbereitet worden. Frau Müller-Tupat und Herr Stoppelmann waren an diesem Gespräch maßgeblich beteiligt gewesen. Heute abend findet nun diese Veranstaltung zum ersten Mal in den Räumen der Israelitischen Gemeinde statt. Das ist nicht nur als eine hohe Ehre zu verstehen, die uns Gästen zuteil wird, das hat auch eine ganz besondere Bedeutung überhaupt.

In diesem Hause

haben in sich fast einem Vierteljahrhundert Menschen versammelt, die es nach den deutschen Verbrechen an den Juden unter der Nazi-Herrschaft gewagt haben, nach Deutschland zurückzukehren, manche aus den Todeslagern direkt, manche später aus Israel und anderswoher. Diese Menschen fanden in der wiederbegründeten Gemeinde ein Stück Geborgenheit und Trost in einer Umwelt, die nach dem 8. Mai 1945 wohl von der Naziherrschaft, nicht aber von Antisemitismus und Rassismus befreit war. Ich will nur zwei Beispiele aus der Nachkriegszeit erwähnen, die in Frank Sterns Recherchen über Antisemitismus im Nachkriegsdeutschland dokumentiert sind.

Beide Beispiele sind aus den Jahren 1947. Das erste ist der Ausschnitt eines Gespräches, das in einem Kreis um den Vorsitzenden einer größeren Partei geführt wurde. Da meinte jemand: „Man kann doch überall feststellen, daß der weitaus größte Teil der maßgebenden Amerikaner hier Freimaurer und Juden sind! Entsprechend ist ihre Einstellung uns und besonders der Kirche gegenüber!" Dr. Baumgarter (ein Minister) erwiderte darauf: „Mein lieber Freund ...Wir werden ohne Juden und besonders ohne die jüdischen Kaufleute in den USA und in der übrigen Welt nie mehr auskommen: Wir brauchen sie für die Wiederaufnahme unserer Handelsbeziehungen! Was freilich die vielen Ostjuden hier in Bayern anbetrifft, so bin ich anderer Meinung: Meine Herren! Ich bin leider gezwungen gewesen, an dem Judenkongreß in Reichenhall teilzunehmen: Das einzig Erfreuliche an der Tagung war für mich die einstimmig gefaßte Resolution: ‚Raus aus Deutschland'! (Gelächter)"

Ein zweites Beispiel aus Köln. Der Oberbürgermeister ruft ehemalige jüdische Bürger zur Rückkehr auf. Aber selbst die neu eingesetzten Beamten haben Hemmungen, den Juden dabei materiell zu helfen. Das Jüdische Gemeindeblatt vom 5. März 1947 schrieb zu dieser Lage: „Bis heute haben wir keinen Anlaß, etwas anderes anzunehmen, als daß ein aggressiver Antisemitismus sich nur deshalb nicht in großem Maße bemerkbar macht, weil er durch das erste Gesetz der Militärregierung verboten ist...Es ist geradezu beleidigend, wenn man erleben muß, daß 22 Monate nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches noch Gewinne von Deutschen aus den durch sie arisierten Geschäften gezogen werden...Wir suchen vergeblich in einem großen Teil der deutschen Tagespresse der britischen Zone Veröffentlichungen, die zur Aufklärung der Judenfrage beitragen könnten."

So war es 1947

Ich könnte entsprechende Beispiele aus meinem persönlichen Erleben als Kind und Jugendlicher hinzufügen. Wir lernten den Antisemitismus Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren nicht offiziell, etwa in Presse oder Schule kennen, sondern im gutbürgerlichen Privatbereich, nicht schriftlich, sondern mündlich. Auf jeden Fall konnten sich Antisemitismus und Rassismus fünfzig Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft halten. Um so bewundernswerter sind die jüdischen Bürger, die nach Auschwitz nach Deutschland zurückgekehrt sind und es in diesem Lande ausgehalten haben. Es war nicht leicht für sie. Nicht nur, daß sie in der Zeit bis 1945 viele Angehörige durch Deutsche verloren und selbst meistens auch Furchtbares erlitten hatten. Nun wurden sie erneut gedemütigt, allein dadurch, daß Nazi-Gruppen und -Parteien nicht verboten wurden. Sie persönlich wurden beleidigt; sie wurden bedroht, nicht selten mit dem Tode. Natürlich anonym. Ich weiß es von Bremer Juden persönlich. Dieses Gebäude, in dem wir uns befinden, mußte und muß bis heute während der Gottesdienste unter Polizeischutz gestellt werden.

Dieser Ort, dieses Haus, das für die nach Deutschland heimgekehrten Juden so wichtig wurde, steht in enger Verbindung mit einem Menschen, der für seinen Bau wesentlich gesorgt hat: Der Bremer Jude Carl Katz. Dieser Mann hat es gewagt, bereits am 16. August 1945 die Israelitische Gemeinde in Bremen neu zu gründen. Was für ein unerschrockener Mensch muß er gewesen sein!

Carl Katz hatte sich in den Jahren nach der Reichspogromnacht 1938 vorbildlich um die alten jüdischen Menschen in der Hansestadt gekümmert, besonders um die, die im jüdischen Altersheim zusammengepfercht leben mußten, bevor sie nach Minsk beziehungsweise nach Theresienstadt abtransportiert wurden. Carl Katz wurde selbst 1942 nach Theresienstadt deportiert, hat sich dort wiederum besonders der Alten im Lager angenommen, soweit das möglich war, auch der Behinderten aus der jüdischen Heil- und Pflegeanstalt Sayn bei Koblenz; als sie in das Lager Theresienstadt, der Zwischenstation auf dem weg nach Auschwitz, eingeliefert wurden.

Es wird Zeit,

daß nach dem Namen dieses Mannes in Bremen eine Straße oder ein Platz benannt wird. Dabei geht es nicht nur um das Andenken dieses Mannes. Es geht auch nicht nur um das Andenken der verfolgten Juden, sondern auch der Juden, die mit so viel Mut nach Deutschland zurückgekehrt sind und hier ihr Leben fortgesetzt haben. Nach Alphons Silbermann ist das jüdischer Geist, der Geist, der die Geschichte der Juden überzieht: „Geist der Bewährung im Überleben".

Die Ermordung Jizchak Rabins steht auch in diesem Zusammenhang. Wir denken mit Betroffenheit in diesen Tagen daran. Der Staat Israel hat es ohne Frage nach dem deutschen Judenmord nicht leicht gehabt, den richtigen Weg des Überlebens zu finden. Jizchak Rabin und Simon Perez haben ohne Zweifel zur Findung dieses Weges Wesentliches geleistet. Wir wünschen dem Staat Israel für die Weiterführung des Weges Schalom."

Hartmut Drewes

Fortsetzung von Seite 1

Tätern. Alles was in Hünxe, Mölln oder Solingen passierte, wird mittelbar dem Verhalten der Opfer unterstellt. Die Aufforderung, sich selbst zu entlasten, indem die Skins oder der Hitler zu Bösewichten werden, scheint sich doch zu verbreiten. Sich offen rassistisch zu zeigen, nein das geht noch zu weit.

Raimund

Nach Redaktionsschluß

Am 16.11., zur Fortsetzung des SPD-Parteitages, schlug Rudolf Scharping vor, Oskar Lafontaine zum Parteivorsitzenden zu wählen. Mit einer Mehrheit von 62 Prozent entschied sich der Parteitag für Lafontaine. Mit einer ebenso großen Mehrheit wurde Scharping 2. Vorsitzende. Die Wahl Lafontaines veranlaßte die schwarzgelbe Koalition die Wahl als Linksruck zu bezeichnen. Seine damalige Mahnung, die Einbeziehung der Wirtschaft der DDR behutsam vorzunehmen, wird heute benutzt, ihn als Gegener der Einheit Deutschlands abzuqualifizieren.

Willy

Immer noch werden Kinder angezündet

Zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht vor 57 Jahren

Vor fast drei Jahren, am 23. 11. 92, kamen Bahide Arslan, Yeliz und Ayse Yilmaz bei einem Brandanschlag in Mölln ums Leben. Der Prozeß gegen die Brandstifter von Solingen hat sich fast 2 Jahre dahingeschleppt. Vor 1 1/2 Jahren brannte die Synagoge in Lübeck. Trotz Strafbarkeit der Auschwitzlüge wurden dem NPD-Vorsitzenden Deckert von Mannheimer Richtern zunächst bis zu einem höheren Urteil Charakterstärke und Verantwortungsbewußtsein bescheinigt.

Das war im letzten Jahr Grund genug für Menschen, ihre Betroffenheit am 9. November hier vor dem ehemaligen jüdischen Altersheim an der Gröpelinger Heerstraße mit Plakaten, Spruchbändern und Blumengebinden zu äußern. Unser Kamerad Hartmut Drewes erinnerte vorgestern ans Wirken von Carl Katz, dem damaligen Leiter der Bremer Zweigstelle der Reichsvereinigung der Juden. Mit Eingaben und ärztlichen Gutachten bemühte er sich, die Deportation der inzwischen rund 130 Bewohner in die Konzentrations- und Vernichtungslager hinauszuschieben. Carl Katz selbst wurde 1942 deportiert und überlebte.

Pogrome gegen einen Teil der Bewohner dieses Landes sind nicht neu. Sie sind aber auch nicht beendet, nie wirklich beendet, sondern sie tauchen unter neuem Namen, unter neuen Vorzeichen, unter neuen Beschuldigungen immmer wieder auf. Der „Platz links bleibt frei," schrieb Erich Fried vor ein paar Jahren. Immer wieder gibt es Gruppen, die – entweder neu hierhergekommen oder schon lange ein Stück traditionellen Feindbildes – zu Opfern einer sich vermeintlich verändernden Welt gemacht werden.

Bloße Bekundungen der Betroffenheit aber reichen nicht mehr. Die immer verhaltender werdende Selbstkritik der Regierung reicht nicht mehr. Taten folgen nämlich nicht. Was not tut, wäre gerade ein Aktionsprogramm wegen der Asylschiffen, von denen eines, die Embrica Marcel, schon lange in Gröpelingen liegt. Der Schacher aber geht ja schon bei Fahrkarten für Deutschkurse los oder aus eigenem Wissen, bei Bekleidungsgeld für Menschen, die mit nicht genug hier eintreffen und nun warten müssen, bis die Sozialbehörden ihnen Bekleidungsgeld zusprechen.

Aber dies nur ein Teil unserer Geschichte. Der andere, menschliche Teil, versucht Mitgefühl zu erzeugen, Menschen zu bewegen, selbst aktiv zu werden, damit eine neue Form des Aufeinander-Zugehens entsteht, egal, ob es sich um Obdachlose, Roma, Flüchtlinge handelt oder um Menschen, die seit langem hierherkommen wollten, um hier ein Stück Leben zu erringen. Es gab zahlreiche Wege, gerade auch hier im Stadtteil, solche Formen zu üben. Es gab Versuche in der Kirchengemeinde, im Nachbarschaftshaus, über Volksfeste, Menschen verschiedener Herkunft zu zeigen, daß gerade auch sie Teil unserer Umgebung sind.

Raimund

Novellierung des Ladenschlußgesetzes

Die Delegiertenkonferenz des DGB-Kreises Bremen stellt fest, daß mit Deregulierung und Flexibilisierung wesentliche Hemmnisse für die Handels-Großkonzerne fallen. In der von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen vorgelegten Erklärung heißt es:

„Wir können vor solchen falschen Propheten nur eindringlich warnen!

Preiskriege, Überkapazitäten und starke Konzentrationsentwicklung sind deutliche und ernstzunehmende Warnzeichen dafür, daß sich die Situation im Einzelhandel gefährlich zuspitzt. Jetzt noch zu deregulieren, hieße zusätzlich Öl ins Feuer zu gießen.

Ladenöffnung bis 20.00 Uhr / jeden Samstag bis 18.00 Uhr hieße, daß die Umsätze sich noch mehr

– in Richtung 1a-Lagen der Großstädte

– in Richtung Einkaufszentren auf der grünen Wiese

– auf Kosten wohngebietsnaher Läden, Läden in Stadtteilen und Kleinstädten verlagern würden.

Diese Entwicklung läßt sich eindeutig aus den Erfahrungen mit dem langen Donnerstag ableiten. Die „Gewinner" haben im Schnitt weniger Arbeitsplätze als die Verlierer. Und auch sie würden die veränderten Öffnungszeiten

– durch noch spätere Öffnung morgens

– durch Umschichtung beim Personal (Teilzeit/ geringfügig Beschäftigte auf Kosten von Vollzeit)

auffangen. Denn selbst ihr Umsatzzuwachs würde nicht erheblich sein..."

HBV weist im Antrag auf eine ganze Reihe einschneidender Veränderungen hin. Die wichtigsten:

– Längere Öffnungszeiten bringen per Saldo keinen zusätzlichen Umsatz, sondern lediglich zeitliche und räumliche Umsatzverlagerungen.

– Deshalb entstehen auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze, vielmehr besteht die Gefahr einer weiteren Segmentierung und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse (geringfügig Beschäftigte).

– Die Kosten würden steigen, mit der Folge von Preiserhöhungen oder weiterem Abbau stabiler Arbeitsplätze."

Und all das bedeutet für das Personal: stärkere Belastung, unsoziale Arbeitszeiten, Verschiebungen für Arbeitszeiten in Herstellungs- und Fertigungsbetrieben. Die HBV warnt davor, einen Weg aus der Krise des Oberzentrums Bremen mit längeren Ladenöffnungszeiten zu suchen. Statt dessen empfiehlt die Gewerkschaft soziale Arbeitszeitformen.

Wilhelm Henkel

Soldaten Mörder?

„Soldaten sind Mörder" sorgt wieder einmal für Schlagzeilen und bringt die Deutsche Friedensgesellschaft, die älteste deutsche Friedensorganisation, mit Plakat und Geschäftsführer Roland Wünsche in die Medien (s. Weser-Kurier und Frankfurter Rundschau vom 8. 11.).

Tucholsky hat seit dem Jahr 1912 immer wieder geschrieben, Krieg sei Mord und Soldaten professionelle Mörder. Der in der Weltbühne veröffentlichte Satz führte 1932 zu Prozeß und Freispruch des Chefredakteurs Ossietzky, der auch Geschäftsführer der DFG war.

63 Jahre später stellt das Bundesverfassungsgericht erneut fest, der Satz sei durch Artikel 5 GG (Meinungsfreiheit) gedeckt und rechtfertige keine Verurteilung. Danach betreiben Vertreter von CDU, CSU und FDP im Bundestag wie schon vor einem Jahr Urteilsschelte. Minister Rühe fordert einen „Ehrenschutz für Soldaten," CDU-Fraktionschef Schäuble ein Soldatenschutzgesetz. Ich erinnere mich, daß die Bundeswehr doch eigentlich uns und „unser Land" vor dem Erzfeind, dem bösen Russen, schützen sollte. Können sich Soldaten nicht mal selbst „schützen"? Ich fordere jetzt schon mal Ehrenschutz für nichttötende, sondern menschen- und naturpflegende Berufsgruppen, wie zum Beispiel die Zivildienstleistenden!

Ernst Busche

Zu 40 Jahre Bundeswehr

Jahrelang haben die Demokraten der beiden Städte, in der Bundeswehr und besonders in der demokratischen Presse für die Löschung der Namen Dietl-Kaserne in Füssen und Kübler-Kaserne in Mittenwald gestritten. Dietl, der Blutordensträger, und Kübler, der von einem jugoslawischen Militärgericht zum Tode Verurteilte, hätten vom Ansehen der Bundeswehr und der BRD in der Weltgemeinschaft ein Bild vermittelt, das von der Militärführung als unwahr entschuldigt worden ist.

Bei Dietl hätte es eigentlich keiner langen Diskussion bedurft. Und General Kübler war als Killer von Juden, Zigeunern und Serben im Bürgerkrieg in Jugoslawien immer wieder vorgeführt worden. Die Löschung der Namen Dietl und Kübler als Kasernennamen erfolgte im Rahmen der Feier für die 40jährige Existenz der Bundeswehr. Sie wurde zur Erhaltung des Friedens gefeiert.

Huldvoll wurde verschwiegen, daß der oberste Feldherr bekannt gegeben hatte, daß am 1. September, dem Friedenstag, deutsche Tornados Serbenstellungen bombardierten. Daß die Deutschen in der schnellen Eingreiftruppe vor Sarajewo und Tornados schon Tage vorher die Serben bombardiert haben, wurde vornehm verschwiegen. Dafür werden die Bomben als Friedensbringer gefeiert.

Das Lügenmärchen vom Eurofighter

Nachdem die Manager die DASA ins Trudeln gebracht haben, wollen sie Arbeitsplätze durch den Bau des Eurofighters „sichern". Das befürwortet sogar der sich als Pazifist bezeichnende Bremer Bürgermeister Scherf sowie die SPD Bürgerschaftsfraktion und andere PolitikerInnen. Sie alle leiden offenbar an Phantasielosigkeit, wenn sie auf den Bau eines Kriegsflugzeugs setzen, das gefährlich, sinnlos und teuer ist. Angeblich gibt es – wieder einmal – keine Alternativen, um Arbeitsplätze bei DASA zu retten.

Doch diese gibt es! Bereits vor 13 Jahren haben MBB-Kollegen Alternativen für die Bereiche Energieerzeugung, -speicherung und -transport aufgezeigt (siehe Fischer-Handbuch „Sinnvoll arbeiten – Nützliches produzieren", 1987). Allein den Bau von 100 000 Solardächern zu fördern, wäre nicht nur billiger als der Bau eines neuen Jagdflugzeuges, sondern er würde auch 30.000 Arbeitsplätze schaffen und erhalten, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer im Sonntagsblatt vom 1.9.95 feststellt.

Alternativen gibt es also genug – sie müssen nur realisiert werden. Aber das wollen die Manager der DASA offenbar nicht. Möglicherweise drohen sie mit Arbeitsplatzabbau, um die PolitikerInnen zur Entscheidung für den Eurofighter zu bewegen. Und wer sagt denn, daß Rüstungsproduktion Arbeitsplätze wirklich sichert? DASA-Chef Bischoff hat jedenfalls selbst für den Fall des Baus des Eurofighters keine Arbeitsplatzgarantie gegeben. 8.000 will er auf jeden Fall arbeitslos machen. Deswegen demonstrierten die DASA-Mitarbeiter am 27.10.1995 in Bremen. Arbeitsplätze können auf Dauer nur durch Umstellung der Produktion auf zivile und sozial verträgliche Güter gesichert werden. Dazu rufen wir die Kollegen, den Betriebsrat, den Vorstand der DASA sowie die PolitikerInnen auf.

Aktionsgruppe der DFG-VK

Eurofighter und DASA

Nach Bürgermeister Scherf ist nun auch die Bremer SPD-Fraktion für den Bau des Eurofighters, obwohl der DASA-Vorsitzende Bischoff keine Garantie für den Erhalt der Arbeitsplätze gibt, falls der Jäger gebaut wird. Es ist also vorauseilender Gehorsam, wenn sich Ministerpräsidenten und andere CDU-, FDP- und SPD-Politiker für das Kriegsflugzeug und andere Rüstungsprojekte stark machen. DASA hat Erfolg mit seiner Erpressung für eine Waffe, die heute keinen politischen und militärischen, sondern nur noch Sinn für den Profit macht. Was als Eurofighter verkauft wird, hieß früher Jäger 90 und sollte dem Warschauer Pakt Paroli bieten. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes hatten weder Bonn noch die DASA kalkuliert, Rühe wollte bei seinem Dienstantritt den Jäger endgültig beerdigen. Die führenden Sozialdemokraten, die jetzt zum Jäger 2000 Ja sagen, haben aus ihrer Parteigeschichte nichts gelernt: 1914 Kriegskredite, in den zwanziger Jahren Bau des Panzerkreuzers, Wiederbewaffnung der BRD, 1979 Nato-Raketenbeschluß usw. usw.

Vor 50 Jahren

begann der Nürnbrger Kriegsverbrecherprozeß. Am 18. Oktober 1945 fand in Berlin die Eröffnung des Internationalen Militärgerichtshofes durch den sowjetischen Vertreter General Nikitschenko statt. Am 20. Oktober 1945 begann in Nürnberg unter Vorsitz des Lordrichters Lawrenc die mündliche Verhandlung gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Aufgrund meiner damaligen Position konnte ich sowohl an der Anklageeröffnung als auch an der Urteilsverkündung am 16. Oktober 1946 als Zuhörer teilnehmen. Angesichts der Massenmörder, Täter, die das mörderischste System über das eigene Volk und über die Völker Europas brachten, war es sehr schwer, als Deutscher mit den Anwesenden, die häufig Hinterbliebene waren, im Prozeßsaal zu sein.

Ab Mai 1945 hatte ich viel mit aktiven Nazis dienstlich zu tun, der Unterschied war, hier saßen mir, mit dunklen Brillen verkleidete eiskalte Verbrecher gegenüber. Sie waren von der Geschichte überführte Täter, die Mil[illegible]nen Kinder, Frauen und Männer in Elend und Tod getrieben hatten.

Von den 24 als Haupttäter angeklagten wurden 10 gehängt, Göring und Ley endeten durch Selbstmord. Der Kriegsgewinnler Krupp schied in diesem Prozeß als nicht verhandlungsfähig aus.

Dieser erste, gegen die Haupttäter ausgerichtete Prozeß, war trotz vielerlei Mängel in der damaligen Zeit ein starker auch politisch-moralischer Erfolg. Das gemeinsame Gericht der Anti-Hitler-Koalition vermochte den antifaschistischen Willen der Völker Europas auf fordernde Gerechtigkeit mittels Anklage und den ergangenen Urteilen noch durchzusetzen.

Aber der bereits 1946 / 47 begonnene offene Kalte Krieg machte viele dieser Hoffnungen zunichte. Die Restauration der alten Kr[illegible] wurde eingeleitet, diese machten die beg[illegible]nene Entnazifizierung und damit die Entmachtung der etablierten Kräfte zur Farce. Der Weg wurde frei für ein Establishment, daß auch Wegbereitern des NS-Systems wie den Rechtskonservativen v. Papen-Schacht und Co. Freiheit garantierte. Darum sollte dieser Nürnberger Prozeßbericht dazu beitragen, daß antifaschistisches Gesellschaftsbewußtsein bewahrt bleibt.

Georg Gumpert

Protest

Der Bremer Pastor Hartmut Drewes kritisiert, daß das Kleidergeld für Sozialhilfe-Empfänger in Bremen um 20 Prozent gekürzt werden soll. In einem Brief an die Bürgermeister Scherf und Nölle weist er darauf hin, daß Betroffene mit 542.- DM im Jahr nicht auskommen. Er ist Mitglied im Ausschuß für Diakonie.

Landes-Konferenz

Am 23. Oktober führte die Bremer VVN-BdA im Haferkamp eine Landesmitglieder-Konferenz durch. Anwesend waren 32 Kameradinnen und Kameraden, erfreulicherweise auch etliche jüngere. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, wie die VVN-BdA in den kommenden Monaten wieder in einen politischen Dialog im größeren Stil zurückfindet. Gefragt ist sie. Das alleine zeigt die Beteiligung. Das alleine zeigt die Neofa-Ausstellung der Hamburger VVN und GEW. Sicher, der Start in Bremen war ein erster Auftakt, dem bald noch viele folgen sollten. Sieht man sich aber den Arbeitsbericht an, dann zeigt sich, an welchen Stellen wir gearbeitet haben. Wir haben gegen ein Verleugnen der historischen Wahrheit protestiert. Wir haben Treffen angeregt, aufgefordert, konsequent Lücken aufzuarbeiten, waren in unterschiedlichsten Bündnissen. In Ausstellungen im Frühjahr haben wir versucht, Fragen der größeren Zusammenhänge und Informationen anzuge[illegible]. Vor allem die Frage der 999er, die Gespräche mit Ludwig Elm, mit Rudolf Urbanski und Georg Kohlmey, mit Kurt Pätzold, die KgF-Veranstaltung mit Jörg Wollenberg, die Diskussion mit HP Klausch und Günter Gumpel waren Zeitpunkte, bei denen Fragen vertieft wurden.

Unklar blieb die Frage, wie die BAF-Struktur verbessert werden soll. Ein Antrag von Thomas wurde an den LV überwiesen, damit dort gründlich über eine breite Basis beraten werden kann. Thomas bemühte sich, mit seinen Ausführungen über die Neofaschismus-Kommission Interesse an einer möglichst guten Arbeit darzustellen. Der Kassenbericht stimmt positiv. Nach längerer Debatte über BAF und zahlreiche andere Themen erfolgten die Wahlen. Raimund Gaebelein wurde Landesvorsitzender, Helmut Peters Stellvertreter. Sie werden beide Bremen im Bundesausschuß vertreten und fahren mit Regine Albrecht zusammen zum Bundeskongreß im Juni 96. Der Geschäftsführende Vorstand wurde um Thomas und Regine erweitert, in den Landesvorstand wurden Walter Federmann und Jens Wais gewählt. Der Debattenschluß wurde noch ein wenig von den Anträgen bestimmt. Der Antrag von Alois („Saarlautern ist ein faschistisches Wort. Es sollte in Bremen nichts zu suchen haben"), der Antrag von Thomas an den Bundesausschuß wegen Einrichtung von Kommissionen, und auch sein BAF-Antrag wurden beraten und bis auf den BAF-Antrag verabschiedet.

Raimund

Schlagt nach im BAF

Für die Aufklärung von 12 Jahren Faschismus und Krieg hatte der Verein: „Erinnern für die Zukunft" beim Amt für politische Bildung einen Katalog von Veranstaltungen organisiert. In diesem Rahmen hat die VVN-BdA Bremen e.V. ebenfalls Veranstaltungen angeboten. Die Eröffnung der Ausstellung „Die mit dem blauen Schein" im Bürgerhaus Gustav-Heinemann sowie in der Angestelltenkam[illegible]r in Bremen begann jeweils mit einer De[illegible]tte. Dazu sprach in Vegesack ein 999er und in Bremen ein Historiker. In Bremen wurde zusätzlich ein Filmabend durchgeführt. Es war das erste Mal, daß die Geschichte dieses Strafbataillons in Bremen dokumentiert wurde. Trotz der Mischung von kriminellen Straftätern mit politischen Gegnern des Naziregimes haben 999er hervorragenden antifaschistischen Widerstand organisiert.

Eine größere Zahl von antifaschistischen Stadtrundgängen und Schulveranstaltungen gehörte zu unserem Programm. Von der Vielzahl anderer Veranstaltungen sei nur die Ausstellung der Bundeswehr: „Aufstand des Gewissens" in der unteren Rathaushalle erwähnt. Man kann zu der Ausstellung verschiedener Meinung sein. Allein die Tatsache, daß täglich Gruppen junger Soldaten vom militärischen Widerstand erfahren haben, ist neu. Es war unsere Sache, die Mängel aufzudecken. Nicht nur im Gästebuch. Es gab die Chance, im fast nur mit Soldaten gefüllten Rathaussaal unsere Kritik und Auffassung anzubringen. Dieser „Aufstand" ist ein Teil des Beginns der Aufklärung über Verbrechen der Wehrmacht im letzten Weltkrieg.

Der U-Bootbunker in Farge war um den 8. Mai 95 ein Besuchspunkt vieler Gruppen. Er ist ja auch ein Musterbeispiel für alle Verbrechen des Naziregimes.

Nehmt den BAF von 95 nochmal zur Hand, dort findet Mann/Frau ausführliche Berichte, das wünscht Willy

Das Erinnern lebendig erhalten

Bürgermeister Dr. Scherf sprach auf einer Gedenkveranstaltung am 9. 11. 95 am Mahnmal am Landherrnamt zu Ehren der verschleppten, gequälten und ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Bürgermeister Dr. Henning Scherf führte unter anderem aus:

„Das Kennzeichnende der Pogrom-Nacht war nicht die Zerstörung jüdischen Eigentums, nicht das zersplitterte Kristall, das dieser Nacht den Namen gab, der die Morde und den Schrecken verharmlost.

Das Kennzeichnende war die Durchführung der Massenverhaftungen und Massendeportationen, die ankündigten, was kommen würde. Und es war die Anstiftung zu Mordtaten.

Wenn man zu den 91 in dieser Nacht in Deutschland Ermordeten auch noch diejenigen zählt, die kurz danach in den Lagern umgekommen sind, die sich das Leben nahmen, dann wächst die Zahl auf über 1.000.

Ab jetzt waren die Juden vogelfrei. Indem man ihnen ihre Menschenrechte nahm, ihre Menschenwürde zerstörte, bereitete man ihre physische Vernichtung vor. Die Mordnacht vom 9. auf den 10. November 1938 ist eine hell erleuchtete Station auf dem Weg nach Auschwitz.

Alle wurden Zeugen dieses Verbrechens, schweigende Zeugen. Viele waren von den Gewalttaten schockiert. Doch ihr Entsetzen galt zumeist mehr dem zersplitterten Kristall, dem zerstörten Eigentum als der Entrechtung und Zerstörung der Juden.

Das Erinnern ist nicht nur ein moralisches Gebot gegenüber den Ermordeten und ihren Angehörigen.

Das Erinnern ist lebensnotwendig für unsere eigene Würde, für unsere Moral, für unser verantwortliches Handeln in Gegenwart und Zukunft."

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Telefon ____________
Geburtsdatum, Ort ____________
Beruf ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e. V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Die da oben sparen nicht, sie streichen!

Die CDU/CSU/FDP-Regierung in Bonn spart. Die CDU/SPD-Regierung in Bremen spart. Wenn die Damen und Herren dieser Gremien an ihrem eigenen Geld sparten, dann hätte keine Frau und kein Mann etwas dagegen einzuwenden. Sie aber wollen unser Geld sparen. Dann darf sich niemand wundern, daß die sogenannte Sparliste hier Giftliste genannt wird.

Da werden auf 19 Seiten nicht mehr und nicht weniger als 103 Sparvorschläge aufgelistet, für die die Ausgaben gestrichen oder gekürzt werden.

Z.B. Die Schulklassen sollen um einen Schüler pro Klasse wachsen. Die Lehrer dürfen ihnen auch gleich 2 Stunden mehr Unterricht pro Woche erteilen. Vorklassen werden abgeschafft.

Den Sozialempfängern will Bonn 5 Prozent kürzen, Bremen aber gleich auch 20 Prozent vom Kleidergeld.

Das Fahrgeld für Schwerstbehinderte wird gekürzt.

1994 erhielten die Aktienbesitzer der Deutschen Bank z.B. 16 Prozent Dividende plus 5,– DM auf die 50,– DM-Aktie. Wieso können diese Damen und Herren denn jetzt nicht mit 3,5 Prozent auskommen?

Wenn Bonn z.B. die Hundertmilliarden Zinsen für die Schulden nicht zahlt, dann sind auch das 20 Prozent des Haushalts. Und wieviel Zinsen zahlt Bremen?

Der Eurofighter wird nur mit Staatsknete finanziert. Warum können denn die Unternehmer nicht das Geld für solche Phantasieprogramme auftreiben?

Das Beispiel von VW in Wolfsburg sollte genügen. Wer auf seinen Lohn verzichtet, erhält sicher keine Garantie, langfristig arbeiten zu dürfen. Der Beschäftigungspakt der IG Metall ist nichts anderes als die untergegangene konzertierte AKTION

Also, liebe Bremer und Bremerinnen, fragt nach bei Euren Senatorinnen und Senatoren, warum eigentlich ihr diese ganze Suppe auslöffeln müßt, die ihr nicht gekocht habt.

Mit den besten Wünschen Eure VVN-Bund der Antifaschisten

V.i.S.d.P. Willy Hundertmark

Zuschriften, Zuschriften

Traurig, traurig, Volker Kröning !!

Vor der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion erzählte der Bundestagsabgeordnete Kröning am 17.10.95 einiges übers Militär (aber wenig über Konversion), wie wir es schon aus seiner Zeit als Finanzsenator kennen. Sein Rüstungskonzept sehe 250.000 Soldaten vor, darunter (oder noch dazu?) 25.000 Blauhelme und 25.000 Krisenreaktionäre. „Der Eurofighter wird kommen! Und der bringt auch nichts, d.h. keine Arbeitsplätze für Bremen," stellte er lapidar fest. Er fand keine Worte des Protestes, geschweige denn des Widerstandes gegen dieses verbrecherische Rüstungsvorhaben. Wenn Deutschland schon in die Entwicklung investiert habe, und wenn der Jäger gebaut werde,dann solle er auch bei uns (mit) gebaut werden – so die Sprüche von Schröder und Scherf. Kröning fordert von der Bundesregierung ein neues Verteidigungskonzept. Dann ist er auch für den Jäger. Volker Kröning meinte, daß die Mehrheit der SPD-MdBs gegen die Anschaffung des Eurofighters stimmen würden. Wir werden sehen! Kommt es demnächst zum Schwur, dann werden wieder einige Dutzend SPD-Repräsentanten mit der Regierung stimmen, so wie bei der Entscheidung über den Bosnieneinsatz deutscher Soldaten. Am 30. Juni hatten 45 SPD-Abgeordnete mit der CDU-FDP-Regierung für Kampfflugzeuge und Sanitäter nach Bosnien gestimmt. Auch Volker Kröning!! Mit diesen Abgeordneten verläßt die SPD antimilitärische und pazifistische Positionen. Krönings Vortrag regte ihn selbst zum Gähnen an. Wir Zuhörer wurden so eingelullt, daß wir ihn nicht „auf den Pott setzten," vor allem sein Ja-Wort zu den Bosnieneinsätzen kritisierten. Das wollen wir mit diesem Leserbrief nachholen.

Ernst Busche

Geburtstage im Dezember

Henning Harmssen	1.12., 70 J.
Emmy Matley	2.12., 84 J.
Waltraud Drygalla	3.12., 69 J.
Anneliese Gumpert	3.12., 73 J.
Georg Kusche	6.12., 93 J.
Frieda Prüser	11.12., 91 J.
Willi Gerns	13.12., 65 J.
Paul-Egon Rodewald	23.12., 65 J.
Ernst Niehoff	24.12., 86 J.
Frieda Schütz	25.12., 59 J.
Walter Federmann	26.12., 72 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Kurzmitteilung

Am 31. Oktober stellte die Gewoba gemeinsam mit der Firma Capalect in unseren Räumen eine neue Form der Wärmedämmung mit energiesparender Technologie vor. Im Gegensatz zur Isolierung herkömmlicher Art, die leider nichts groß ändert, hat das neue Patent der Firma Capalect den Vorteil, daß Sonnenstrahlung selbst im Winter ins Rauminnere rund 70 Grad strahlt. Dr. Eugin Bagda, der Leiter der Prüf- und Anwendetechnik, erläuterte diese innovative Wärmemöglichkeit.

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 - Fax: 04 21/38 29 18

Montag	16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag	15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

regelmäßig Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Termin

Annegret Ehmann, Leiterin der Pädagogischen Abteilung der Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz" hält am 4. Dezember 1995 um 20 Uhr einen Vortrag in der Israelitischen Gemeinde, Schwachhauser Heerstr.117, im Rosenak-Saal zur „Aktuellen Diskussion des Holocaust-Mahnmals in Berlin, zur Rezeptionsgeschichte des Holocaust seit 1945"